



Gruppensprecher Gundolf Harms (BfB)
Oberdrescher Weg 7
26529 Upgant-Schott
Tel. 04934-910 492
Mobil 0170-731 54 79
gharms@marienhafe.de

Stellvertreter Detlef Schweichler (Grüne)
Hauptstraße 70
26529 Rechtsupweg
Tel. 04934-1534
Mobil 0157-757 746 74
dschweichler@marienhafe.de

**Pressemitteilung der Gruppe BfB/ Grüne
im Rat der Samtgemeinde Brookmerland
vom 08.10.2020**

Antrag zur Situation mit den Jugendlichen in Rechtsupweg

BfB/ Grüne beantragen Einsatz von Streetworker-in

Politik: Neue Form der Sozialarbeit soll Situation besser entwickeln

Im Brookmerland soll ein/-e Streetworker/-in eingesetzt werden, um die Situation am Sportplatz in Rechtsupweg zu verbessern. Einen entsprechenden Antrag hat die Gruppe von BfB-Bündnis für Brookmerland und Bündnis 90/ Die Grünen jetzt an den Samtgemeinderat gestellt.

„Wir haben bereits einige Sozialpädagogen im Brookmerland, die in den letzten Jahren an den Schulen gute Arbeit geleistet haben und die nun aufgrund der aktuellen Vorkommnisse in Rechtsupweg vielleicht auch als Streetworker-in im gesamten Brookmerland tätig werden könnten“, heißt es in einer Pressemitteilung.

Die Politiker beobachten mit Sorge, wie sich eine seit längerem bekannte Gruppe von Jugendlichen im Brookmerland entwickelt hat. Aus der Zeitung konnten sie entnehmen, dass die Samtgemeindeverwaltung bereits reagiert und einige Maßnahmen in die Wege leiten wird. „Wir begrüßen die Maßnahmen der Verwaltung“, so Ratsfrau Barbara Meyerhoff (BfB). Und Ratsherr Detlef Schweichler (Grüne) ergänzt: „Es ist genau richtig, den Jugendlichen jetzt eine klare Linie der Grenzüberschreitung aufzuweisen.“

Die Gruppe von BfB/ Grüne vermutet aber, dass die Jugendlichen weiterziehen, wenn es keine Möglichkeiten in Rechtsweg mehr gibt. „Dieses ist nicht neu, denn nach dem letzten Konflikt landeten die Jugendlichen schlussendlich in Osteel und nachdem es dort durch mehr Polizeipräsenz unangenehm wurde, sind sie nach Rechtsweg zurückgekehrt“, weiß die Osteeler Bürgermeisterin Ida Bienhoff-Topp (BfB).

In Ballungsgebieten hätten Streetworker/-innen durch dieses Tätigkeitsfeld gut Erfolge erzielt, erklärt die Gruppe in der Pressemitteilung. Bei ihrem Einsatz gehe es in erster Linie darum, einen Zugang zu Zielgruppen herzustellen, die sonst von keinem anderen institutionalisierten psychosozialen Hilfsangebot mehr erreicht würden. Da die Jugendlichen in Rechtsweg weiterhin Jugendliche des Brookmerlandes blieben, führe nach Auffassung der Politiker kein Weg mehr daran vorbei, diesen Weg der anderen Sozialarbeit vor Ort zu gehen, damit sie ihrer sozialen Verantwortung für die Gesellschaft als Samtgemeinderat gerecht würden und alle Mitbürger-innen wieder gut miteinander leben könnten.

Anzahl Zeichen: 2.162 (ohne Überschrift, inkl. Leerzeichen)